

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Sophtenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Br. 26

Stuttgart, den 27. Juni 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

1. Die in Nummer 23 der „Buchbinder-Zeitung“ ausgeschriebene Extrasteuer kommt vorläufig nicht zur Erhebung. Da sonach der Beitrag am 1. Juli nicht erhöht wird, bleiben die gleichen Quittungsmarken wie bisher in weiterer Verwendung.

2. Unter Bezugnahme auf den in Nummer 24 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Artikel betreffend „Arbeitslosenstatistik in gewerkschaftlichen Zentralverbänden“ richten wir an die örtlichen und Gaubevollmächtigten das dringende Ersuchen, die mit eben derselben Nummer ihnen zugesandten Postkarten, für die Berichterstattung auf alle Fälle bis spätestens den 4. Juli genau ausgefüllt uns zu übersenden. Sollten an einem oder dem anderen Orte durch irgend welche Zufälligkeiten die betreffenden Postkarten nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

3. In Heidelberg ist eine Zahlstelle gebildet worden. Abgabe von Unterstützung erfolgt daselbst später und wird der Zeitpunkt besonders bekannt gegeben.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Tarifforderungen.

II.

Haben wir uns im ersten Artikel über die Art der Gehilfenvertretung bei den Tarifverhandlungen ausgelassen und dabei auch zugleich mit den trefflichen Ausführungen Webbs ein Streiflicht auf die Kompetenz der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen fallen lassen — ein Thema, bei dem wir uns vorbehalten, bei vielleicht noch passenderer Gelegenheit unsere Ansichten einmal öffentlich zu dokumentieren —, so wollen wir uns nun mit unseren Forderungen zu der jetzt beantragten dreijährigen Verlängerung des Tarifs beschäftigen.

Die erste und Hauptforderung dazu ist die Erhöhung der Stundenlöhne. Die bisher im Tarif festgesetzten Stundenlöhne stehen in gar keinem Verhältnis zu den Akkordverdiensten. Aus diesen Umständen heraus haben sich im Laufe der Zeit für den Arbeiter recht unheimliche Verhältnisse entwickelt, die auch sehr wenig dem Charakter einer aufrichtigen Tarifgemeinschaft entsprechen. Einige Prinzipale haben geradezu eine bewundernswerte Virtuosität darin, nur die nach Tarif schlecht entlohten Arbeiten dem Akkordarbeiter zuzuschreiben, während sie die gut entlohten Arbeiten dem niedrig bezahlten Stundenlohnarbeiter gütig überlassen. Die Dringlichkeit der Arbeit schafft oft solche „Zufälligkeiten“, wobei es aber gewiß nicht als eine Lücke des Schicksals angesehen werden kann, daß diese Zufälligkeiten in besonders auffällender Weise sich zu Ungunsten des Arbeiters ereignen,

sondern hier scheint denn doch die wohlweise und genau kalkulierende Hand des Prinzipals die Geschichte zu leiten. Den Stein der Weisen hat aber hierin eine Leipziger Firma gefunden, die frank und frei die tariflich gut entlohten Arbeiten von Lehrlingskolonnen anfertigen läßt und die schlecht bezahlten den Gehilfen im Akkordlohn überläßt. Nun enthält ja der Tarif keinerlei Bestimmungen — und er kann sie ja auch nicht enthalten —, die die freie Verfügung des Prinzipals, Arbeiten im Lohn oder Akkord herstellen zu lassen, beeinträchtigt, wie denn überhaupt nicht jede Kleinigkeit durch Paragraphen und Bestimmungen, ohne daran denken zu können, festgelegt werden kann, vielmehr verpflichtet doch auch das ganze Wesen einer Tarifgemeinschaft zu einer gewissen Ehrlichkeit und Gerechtigkeit und schließt eine gewisse einseitige Ausnützung des Vertrags in absolut egoistischem Sinne aus. Wenn dergleichen unnohle Manipulationen gar zu sehr um sich greifen, so könnte ja schließlich eines Tages die Frage an uns herantreten, ob wir uns nicht — bei aller Parität der Lohn- und Akkordarbeit — gegen die Akkordarbeit wenden und allgemein die Einführung der Stundenlohnarbeit fordern müßten. Denn es kann keineswegs dem Akkordarbeiter fortgesetzt zugemutet werden, sich besonders abzurackern und seine Arbeitskraft aufs höchste anzuspannen, um bei den ihm übergebenen, tariflich schlecht entlohten Arbeiten zu seinem üblichen Wochenverdienst zu gelangen, während der Prinzipal die gut entlohten Arbeiten vom Lohnarbeiter anfertigen läßt und bei diesen durch Zugewinnung eines Antreibers noch sein Extraprofiten in die Tasche schiebt. Um also diese Auswüchse im Arbeitssystem nicht noch üppiger ins Kraut schießen zu lassen, rechtfertigt sich allein die Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne. Dabei müßte ja unweifelhaft Stuttgart zunächst in Betracht kommen. Der niedrigere Stundenlohn in Stuttgart gegenüber Leipzig und Berlin kann etwa keineswegs mit Rücksicht auf die Unterschiede in den Kosten des Lebensunterhaltes begründet liegen, sondern ihre Ursache ist darin zu finden, daß Stuttgart schon jeher in der Lohnhöhe bedeutend zurückstand, wie denn die Löhne in der Industrie in Süddeutschland im allgemeinen niedriger sind, als in Norddeutschland, was schließlich auf die weniger und später entwickelte Industrie Süddeutschlands, vielleicht zum Teile auch auf eine größere Arbeitslosigkeit der Arbeiter zurückzuführen ist. Ein Stundenlohn von 41 Pf., der einen Wochenverdienst von wenig über 22 Mk. ausmacht, entspricht ja überhaupt nur noch der Lohnhöhe eines mittelmäßigen Verdienstes ungelerner Arbeiter anderer Berufe in Großstädten, weshalb das Verlangen einer Aufbesserung der Stundenlöhne unserer Lohnarbeiter kein ungerechtfertigtes Verlangen ist. — Von all diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist die Forderung der Stundenlohnenerhöhung unsere vornehmste bei der gegenwärtigen Tarifbewegung.

Unsere zweite Forderung bezieht sich darauf, die Wege zu bahnen, die zu einer weiteren Ausbreitung

des Tarifs führen sollen. Diese Forderung schließt allerdings, wenn sie zweckmäßig und erfolgreich durchgeführt werden soll, eine vollständige Umänderung des jetzt bestehenden sehr mangelhaften Vorwortes ein. Wie schon gesagt, sind auch wir in dieser Beziehung, daß die Ausbreitung des Tarifs in den drei Jahren seines Bestandes keine besonderen Fortschritte gemacht hat, nicht von aller Schuld freizusprechen, denn abgesehen von den lokalen Bestrebungen der drei Orte, Tarifsituationen zu schaffen, die ein solches Bestreben fördern, sind besonders ernstliche Versuche nach dieser Richtung von uns auch nicht unternommen worden. Damit wird natürlich der zu Recht erhobene Vorwurf gegen unsere Prinzipale, daß sie nicht den kleinen Finger gerührt haben, um für die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft zu wirken, nicht entkräftet. Aber mit Berufung darauf, wird in dieser Sache allein nichts getan. So wie bei uns die Tarifgemeinschaft besteht, genügt es durchaus nicht, nach Ablauf der festgelegten Tarifperiode, nach drei oder gar nach fünf Jahren, einmal mit den Prinzipalen persönlich näher zu treten, um die einzelnen Positionen zu beraten und sich dann wieder auf eine längere Zeit fremd gegenüber zu stehen, sondern es muß innerhalb dieser Zeit versucht werden — und man darf doch wohl auf ein Entgegenkommen von Seiten unserer Prinzipale in dieser Hinsicht rechnen —, die durch die Tarifgemeinschaft bedingten Aufgaben einer Vollenendung näher zu führen. Nach dieser Richtung hin muß eine Besserung eintreten, die sich in ein gemeinschaftliches Vorgehen beider Organisationen, des Prinzipal- und Gehilfenverbandes, betätigen muß, und die schon im Tarif mit der Bestimmung: „Es ist Pflicht beider Teile und deren Organe, speziell der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen im Interesse des Berufs für die allgemeine Durchführung dieses Tarifs einzutreten“, beiden Parteien als Pflicht auferlegt ist. „Im Interesse des Berufs“ ist wenig getan worden, beinahe gar nichts für die Durchführung, geschweige für die weitere Einführung des Tarifs.

Als Hauptbedingung hierzu müßte nach unserer Ansicht ein einheitlicher Minimallohn und eine ebensolche Maximalarbeitszeit für ganz Deutschland angestrebt werden, für deren Einführung wie gesagt beide Organisationen emsig bemüht sein müßten. Zu diesem Minimallohn müßten dann prozentuale Erhöhungen in den größeren Städten treten. Dann müßten die der Tarifgemeinschaft noch nicht angehörigen Prinzipale ermuntert werden, dieser beizutreten und damit kämen wir dann auch schließlich dazu, eine Liste der den Tarif anerkennenden Firmen zu veröffentlichen und somit für die Tarifgemeinschaft selbst zu agitieren.

Eine weitere Forderung ist die Errichtung von Tarifschiedsgerichten. Der einzige Umstand, daß bei der diesmaligen Revision gerade die Prinzipale auf Grund des gesammelten Materials, das sie aus den Tarifschiedsgerichtsentscheidungen gewonnen haben, einige Revisionen wünschen, spricht schon allein für die Nützlichkeit einer solchen Tarifschiedsinstitution. Besteht in einem Gewerbe eine Tarif-

vereinbarung, so schließt diese eigentlich aus, bei Lohnstreitigkeiten die Gewerbegerichte anzurufen. Bei aller auch von uns durchaus anerkannten Objektivität der Gewerbegerichtsurteile haben doch diese eine gewisse Härte, schon deshalb, weil sie meist eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit sich bringen. Das Urteil des Tariffchiedsgerichtes muß aber auf den Satzungen des Tarifs basieren und kann dem unterlegenen Teile zu keiner Widerharigkeit reizen. So rechtfertigt sich das Bestehen einer solchen Tariffinstitution.

Von besonderer Bedeutung ist das Bestehen eines Tarifamtes. Ein Anlauf zu der Errichtung, die einem solchen ähnlich sah, wurde nach dem Tarifabschluß im Jahre 1900 gemacht. Es wurde in Leipzig eine Zentraltarifkommission ins Leben gerufen, die aber wegen Nichtansprache so ziemlich entschlafen ist. Ihre Neubebung und Ersetzung in anderer aber verbesserter Form und zwar als Tarifamt wäre von großem Nutzen für beide Teile, und seine Existenz würde nach unserer Ansicht auch gesichert, wenn es paritätisch aus beiden Organisationen zusammengesetzt wird und nicht wie bisher nur von uns gebildet. Diesem Tarifamt müßte zunächst die Aufgabe zufallen — nicht den Verbandsleitungen —, für die Einführung und Ausbreitung des Tarifs zu wirken. Es müßte sich überhaupt zu einer Institution herausbilden, an die alle Anfragen in Tarifangelegenheiten zu richten sind. Bei dem jetzigen Ablauf der Tarifperiode hat es sich eklatant gezeigt, wie notwendig eine solche Zentralfstelle für Tarifangelegenheiten ist; die unklare Bestimmung des Tarifs über die zuständige Stelle zur Einreichung der Abänderungsanträge könnte damit sogleich eine präzisere Fassung bekommen, nach der in unzweideutiger Form das Tarifamt als die Stelle benannt wird, der diese Anträge einzureichen sind. Als eine der weiteren wichtigen Aufgaben, deren viele sich erst noch mit dem Bestehen einer solchen Zentralfstelle ergeben würden, wollen wir noch hervorheben: die Regelung der Preisfestsetzungen für Arbeiten an neu eingeführten Maschinen und bei Änderungen der Arbeitsmethoden. Solche Änderungen respektive Neueinführungen müßten dem Tarifamt gemeldet werden und dieses dann die Akkordlohnsätze provisorisch festsetzen, bis diese bei der nächsten Tarifberatung in den allgemeinen Tarif als fester Bestand übergehen. Das wäre eine sehr wichtige Funktion des Tarifamtes. So konnten in der abgelaufenen Tarifperiode bei der Neueinführung der Deckenmaschine, der Anschmiermaschine u. a. ganz willkürliche Lohnfestsetzungen getroffen werden, die gemeinschaftlich hätten geregelt werden müssen. — Sowie über die Notwendigkeit eines Tarifamtes.

Von nicht minderer Bedeutung ist die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, die, obgleich im Charakter einer Tarifgemeinschaft gelegen, doch bis jetzt nur in Berlin zur Wirklichkeit wurde. Zur Begründung dieser Forderung bedarf es nicht vieler Worte. Das Bestehen zweier Arbeitsvermittlungstellen — einer des Arbeitgeber- und einer des Arbeitnehmerverbandes — bringt nicht allein Unzuträglichkeiten und Differenzen mit sich, sondern es werden damit auch die Verwaltungskosten unnötig erhöht und der Arbeiter ist mit dem Augenblick, wo feste Lohnvereinbarungen im Gewerbe bestehen, auch gar nicht mehr so interessiert an dem Bestehen eines eigenen Arbeitsnachweises, weil der beabsichtigte Zweck, der dadurch von ihm zu erreichen gesucht wird, nicht mehr vorhanden ist. — Hieran müßte sich die Forderung anreihen, die in sehr lobenswerter Weise beim Buchdruckerverband bereits durchgeführt ist, nämlich, die für den Tarif eintretenden Gehilfen bei den tariftreuen Prinzipalen zuerst unterzubringen — was allerdings ein vollständiges Aufgeben des bisher zu beobachtenden Standpunktes unserer Prinzipale gegenüber den Gehilfen, die nach Tarif bezahlt zu werden verlangten, zur Folge

haben und die vielen, vielen Sünden namentlich unserer Leipziger maßregelungslustigen Prinzipale ungeschehen heißen würde.

Damit glauben wir die hauptsächlichsten Forderungen skizziert zu haben. Dem Uneingeweihten könnten sie als neue Forderungen erscheinen, sie sind es aber keineswegs. Die hier besprochenen Forderungen sind — mit Ausnahme der Erhöhung der Minimallohne — durchaus keine höheren Lohnforderungen, sondern sie verlangen nur die Befolgung der Bestimmungen in schon bestehenden Tarif oder wünschen dem Sinne einer Tarifgemeinschaft entsprechend die Einsetzung von Tarifinstitutionen und die Ausbreitung des Tarifs in weiteren Kreisen des Gewerbes. Sie bewegen sich durchaus im Rahmen der in Leipzig am 8. Juni getroffenen Abmachungen und sind bei beiderseitigen guten Willen sehr gut durchführbar, da sie, ohne irgend welche Minderung am Akkordtarif vorzunehmen, akzeptiert und befolgt werden können. Mit Rücksicht auf diese in Leipzig provisorisch getroffene Abmachung, daß sich beide Parteien bei einer dreijährigen Verlängerung des Tarifs auf die aller notwendigsten Änderungen beschränken sollen, enthalten wir uns, weitere sehr, sehr notwendige Forderungen aufzustellen und zu besprechen, die gleichfalls sehr im Interesse des Berufs gelegen und von denen wir nur eine der allerwichtigsten hier nennen wollen: Die Begrenzung der Frauenarbeit. Bei dem jetzigen Stande der Dinge drohen Zustände einzureißen, die auf die Dauer einfach unhaltbar sind.

Mögen für diesmal all dergleichen dringliche Wünsche zurückgehen bis zur gründlichen Revision des Akkordtarifs, die jedenfalls nach Ablauf der jetzt gewünschten Tarifperiode erfolgen muß, um die jetzigen Verhandlungen zu einem baldigen, für beide Teile gedeihlichen und befriedigenden Abschluß zu bringen, damit unserem Tarif weitere Anerkennung verschafft und für unsere Tarifsache neue Anhänger gewonnen werden können, im Interesse unseres Berufs und der friedlichen Fortentwicklung des Buchgewerbes.

Die Berichterstattung für unsere Zeitung.

Ein Wort an die Schriftführer.

(Schluß.)

Dem reichen Zitatenfakt der unverständlich geschriebenen Berichte und darauf erfolgten kuriosen Zumutungen an uns, wollen wir weitere Proben nicht entnehmen, allen denen aber, die da glauben, wenn die Zeitung viel Korrespondenzen enthalte, habe der Redakteur faule Zeit gehabt, würde mit einem Bündel Manuskripten, die den Korrekturstift bereits passiert haben, diese leichtfertige Meinung ausgetrieben werden.

Doch in normalen Zeiten, d. h. wenn etwa eine halbe Mandel Berichte für eine Nummer einlaufen, ist es noch zum Aushalten, aber wenn die große Flut der Generalversammlungsberichte kommt, dann ist es einfach zum Stiefelausziehen. Dieses eintönige Ginelei:

„Am ... hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Als erster Punkt wurde das Protokoll verlesen und genehmigt. Zur Aufnahme meldete sich kein Mitglied. Darauf wurde in den ersten Punkt der Tagesordnung eingetreten und gab der Vorsitzende Kollege ... den Geschäftsbericht. Darnach fanden ... Generalversammlungen und ... Mitgliederversammlungen statt, in denen vier Vorträge gehalten wurden und zwar sprach Herr ... u. f. f. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des ... Quartals 12 männliche und 2 weibliche Mitglieder, eingetreten sind 3 männliche und 1 weibliches Mitglied, zugereift 2 männliche, abgereift 1 männliches Mitglied, ausgetreten 4 männliche und 1 weibliches Mitglied, zum Militär einberufen 1 männliches und verstorben 1 weibliches Mitglied, bleibt Bestand 11 männliche und 1 weibliches Mitglied.“

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung verlas der Kassierer Kollege ... den Kassenbericht (darauf folgt eine ganz spezialisierte Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, wöniglich in Tabellenform. D. H.) Punkt drei der Tagesordnung war die Wahl des

Vorstandes. Als Vorsitzender wurde Kollege ... vorgeschlagen und gewählt, der die Wahl auch annahm ...“

So geht es fort, bis „unter Verbandsangelegenheiten einige interne Sachen verhandelt wurden und im Fragekasten sich keine Frage befand“.

Wäre es da nicht besser, man berichtet, ob die Zahlstelle an Mitgliedern abgenommen oder zugenommen habe und suchte dafür Gründe oder Ursachen anzuführen? Damit würden die Berichte nicht allein interessanter gestaltet, als wenn die Zahl der Zugeveristen und Abgereisten, der Gestorbenen u. f. w. aufgeführt wird, sondern es könnte manche Erfahrung in der Agitation und mancher guter Rat für andere Zahlstellen damit einfließen, wenn gesagt würde, daß eine rührige Werkstubenagitation so und soviel neue Mitglieder brachte, daß die Fluktuation der Mitglieder nicht mehr so groß ist, als früher, was anscheinend auf diese oder jene Unterstützungseinrichtung zurückgeführt werden kann, daß der bessere Geschäftsgang eine höhere, der schlechtere Geschäftsgang eine niedrigere Mitgliederzahl zur Folge hatte, daß es gelungen ist, die Kollegen dieser oder jener Firma oder die älteren Kollegen vom Orte für den Verband zu gewinnen u. f. f. Wir wollen damit selbstverständlich kein Schema aufstellen, das allgemein befolgt, nun bei jedem Bericht in Anwendung gebracht werden muß, dem Schriftführer muß es sich vielmehr selbst aufdrängen, welche Anlässe und Umstände der Zahlstelle für diese oder jene Erscheinung erwähnenswert sind. Auch die Spezifizierung der vierteljährlichen Einnahmen und Ausgaben im Versammlungsbericht erscheint uns unnötig, da jedes Mitglied in der wenige Wochen darauf erscheinenden sehr spezialisierten Abrechnung — die nach unserer Meinung sogar zu ausführlich gegeben wird — sich eingehend über die Finanzgebarung der Zahlstellen unterrichten kann. Im Generalversammlungsbericht könnte etwa eher interessieren, ob die Arbeitslosenunterstützung gestiegen oder gefallen, ob sie an am Orte Sekhaste oder hauptsächlich an Durchreisende zur Auszahlung gelangte u. f. w. Von den kleineren Ueberflüssigkeiten und Unnützlichkeiten, wie, daß zum Vorsitzenden Kollege Soundso vorgeschlagen und dann gewählt wurde, um schließlich auch noch nach der Wahl die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, nicht zu reden, denn wenn jemand in der Zeitung als zu diesem oder jenem Amte gewählt veröffentlicht wird, ist es wohl selbstverständlich, daß er vorher vorgeschlagen werden mußte und später auch angenommen hat. Dennoch gibt's auch Schriftführer, die dagegen meckern, wenn ihnen also die Schönheit ihres Berichtes genommen wird.

Unter dieser, manchmal an recht komischen, manchmal aber auch recht verdrößlichen Intermezzen nicht armen Misere leiden die meisten Zeitungen, die Gewerkschaftsblätter natürlich sämtlich, manche vielleicht in der unzulänglichen Berichterstattung noch mehr als wir. Daß Gewerkschaftsblätter, die großen Verbänden mit 800—900 Zahlstellen vorstehen, darin noch ein strengeres Regiment führen müssen, als wir und vieles nicht passieren lassen können, was bei uns noch durchgeht, dürften für jeden Verständigen nach diesen Ausführungen selbstverständlich sein. Um im großen Strome der Versammlungsflut nicht rettungslos zu ertrinken, muß mancher Redakteur deshalb manchmal zur fürchterlichsten Selbsthilfe greifen. So lasen wir vor langer Zeit einmal im Verbandsorgan der Maurer, im „Grundstein“:

„Wir haben eine ganze Reihe Berichte erhalten, die fast übereinstimmend wie folgt lauten (folgt ungefähr so ein Musterding, wie wir oben skizziert haben), und dann heißt es weiter:

Wir bringen diese Versammlungsberichte nicht mehr zum Abdruck, denn wir haben nicht länger Lust, das Blatt mit diesem inhaltslosen Ballast zu belasten. Da alles gute Zureben bei den Herren Schriftführern nichts genutzt, sehen wir uns gezwungen, in dieser Weise vorzugehen.“

Was aus den Berichten erwähnenswert ist, reihen wir wie folgt aneinander:

In Drillinghausen wurde eine Zahlstelle gegründet, der sofort 32 Kollegen beitraten; nur 6 stießen der Organisation fern. — Die Zahlstelle Gmshorn hatte im 4. Quartal eine Einnahme für die Hauptkasse von 804,75 Mark. Die Jahresrechnung aus wöchentlichen Beiträgen belief sich auf 1247 Mk., für den Streifonds auf 356,10 Mk. Die Kasse hatte

567,34 Mf. Einnahme und 510,62 Mf. Ausgabe. Am Schlusse des Jahres bestand die Zahlstelle aus 111 Mitgliedern, darunter ein Ehrenmitglied u. s. f."

Zu solchen Mitteln müssen die Gewerkschaftsblätter größerer Verbände greifen, denn sonst könnte der Fall eintreten, daß die Zeitung von der ersten bis zur achten Seite nur mit Versammlungsberichten angefüllt ist, die dann in solcher Menge schließlich doch den stärksten Magen des eifrigsten Lesers der Gewerkschaftspresse übel bekommen würden.

Bei dieser Gelegenheit mag auch den sogenannten Eingefandt ein paar Worte gewidmet sein. Sie haben ja in letzter Zeit an Zahl nachgelassen, was allerdings nur auf eine strengere Kontrolle von seiten der Redaktion zurückzuführen ist. Einige gemachte üble Erfahrungen drängten zur schärferen Kontrolle bevor der Abdruck erfolgt. Aber selbst der örtliche Bevollmächtigte ist auch nicht immer in der Lage, die von irgend einem Mitglied gemachten Angaben prüfen zu können. Und die Angaben entsprechen leider nicht immer der Wahrheit. Oft erträgt der Arbeiter monatelang die unheimlichen Zustände, bis plötzlich nach einem Streite mit dem Prinzipal ihm alles in schlechterem Lichte erscheint. Nun sollen dem einmal die Reviten verlesen werden und das ordentlich! Und dazu ist der passende Ort natürlich die "Buchb.-Ztg.". Dabei wird dann kein säuberlich jedes Schimpfswort des Meisters registriert, die eigenen aber, die die des Meisters kompensieren, vergessen. Kommt es dann zur Klage, so sind wir die Reingefallenen, denn die aufgestellten Behauptungen sind vor Gericht schlecht zu beweisen. Nicht Angstlichkeit treibt uns zur Vorsicht, denn der Redakteur persönlich riskiert ja gar nicht einmal etwas, auf Freiheitsstrafe wird doch selten erkannt, sondern nur Geldstrafen, die oft aber ziemlich empfindliche sind. So kostete ein solches Eingefandt der Verbandskasse einmal zirka 160 Mark und sein Zweck war ein recht, recht problematischer. In einem anderen Falle wurde der sehr aufgebrachte Firmeninhaber von der angedrohten Klageeinreichung durch vernünftiges Zureden Dritter abgehalten; unser Gaubevollmächtigter war durch den Schreiber des Eingefandt vollständig dupiert worden, die ganzen Ausführungen des Eingefanders waren übertrieben oder völlig aus den Fingern geflogen. Und was für einen Zweck haben schließlich auch die durch die Eingefandt veröffentlichten vielen Warnungen und Aufdeckungen dieses oder jenen Mißstandes einer Werkstube? Wir haben nicht eine einzige Werkstube kennen gelernt, wo nicht über dieses oder jenes zu klagen gewesen wäre, etwas ist überall faul. Wenn das nun aber alles in der Zeitung veröffentlicht werden sollte, dann wäre kein Ende abzusehen. Die Warnungen aber, bei diesem oder jenem Meister keine Stellung anzunehmen, halten wir für geradezu verkehrt, denn nur dadurch, daß der betreffende Meister immer wieder an den "Unrechten" kommt, können im seine Schranken ausgetrieben werden. Und wenn die im Laufe der Jahre veröffentlichten zahlreichen Warnungen, nach dorthin keine Stellung anzunehmen und nach dahin nicht, alle beachtet werden müßten, so wüßte mancher reisende Kollege vielleicht manchmal nicht, wohin er sich wenden soll. — Wir wollen hierbei natürlich auch nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wissen, für wirklich bedeutsame Fälle schosfer Handlungsweise halten wir die Spalten der Zeitung sehr gerne geöffnet, aber der Eingefandt muß sich auf das Tatsächliche beschränken und bei der Wahrheit bleiben.

Mit dem in den zwei Artikeln Aufgeführten glauben wir einige der besonders zu Tage tretenden Mißstände in der Berichterstattung für unsere Zeitung besprochen zu haben. Wir möchten damit nicht etwa die unheilvolle Wirkung erzielen, die wir seinerzeit mit einer Bepfischung der Aufgaben unserer Gaubevollmächtigten bei einem derselben erzielt haben, der unter der Begründung, daß er den also beschriebenen Aufgaben, die darin an die Gaubevollmächtigten gestellt werden, nicht gewachsen sei, sein Amt niederlegte; sondern wir wollten damit gerade das gute Einvernehmen zwischen Schriftführer und Redaktion fördern und in einigen Anleitungen für die Schriftführer versuchen, die Versammlungsberichte von den noch viel anhaftenden Schlacken zu befreien. Keineswegs geht unser Streben darauf aus, die Versammlungsberichte aus

unserer Zeitung möglichst ganz zu entfernen, sie bieten ein Spiegelbild des Verbandslebens und der Verbandstätigkeit in den einzelnen Zahlstellen und haben damit nicht nur für den gereiften Kollegen ein besonderes Interesse, sondern auch für alle Mitglieder ein allgemeines. Um diesen Zweck aber noch besser zu erreichen, mag für deren interessante Abfassung nach Möglichkeit gesorgt werden. Das war der Zweck dieser Ausführungen: Den Inhalt der Zeitung nach dieser Richtung hin zu verbessern und damit dem Verband zu nützen.

Bericht vom zweiten Gantag des Gaues VIII.

Abgehalten am 1. Juni 1908 im Gewerkschaftshaus zu Hildesheim.

(Schluß.)

Um 8 Uhr wurden die Beratungen fortgesetzt. Herzog-Hannover hält ein kurzes Referat über: "Stellungnahme zur Einführung neuer Unterstützungszeige." Er führt aus, daß die Unterstützungsfrage in letzter Zeit in allen Zahlstellen auf der Tagesordnung gestanden und wohl genügend geklärt sei, besonders die Verschmelzung der Zentralfrankenliste mit dem Verband hätte viel Staub aufgewirbelt. Redner hält die Verschmelzung vorläufig für undurchführbar, schon aus dem Grunde, weil keine $\frac{2}{3}$ -Majorität zu stande kommen würde. Auch ist er Gegner einer Krankenzuschußkaffe, da dieselbe, um leistungsfähig zu sein, zu hohe Beiträge erheben müßte. Redner glaubt, daß der Beitrag, falls eine Zuschußfrankenliste eingeführt würde, mindestens auf 70 bis 75 Pf. pro Woche erhöht werden müßte, wenn die Kaffe bestehen will. Er tritt vielmehr für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ein, die erfolgen könne ohne Erhöhung der Beiträge, ferner für die Errichtung einer Invaliden- und Sterbekasse, dieselbe sei mit einem Mehrbeitrag von 10 bis 15 Pf. wohl zu ermöglichen. Mit Errichtung der Invalidentasse sei besonders den Wünschen der älteren Kollegen Rechnung getragen. Zum Schlusse empfiehlt Redner folgende Resolution zur Annahme:

"Der zweite Gantag des Gaues VIII hält den Ausbau der Unterstützungszeige in unserem Verband für eine unbedingte Notwendigkeit, sieht aber in der Verschmelzung der Zentralfrankenliste sowie in der Errichtung einer Krankenzuschußkaffe mit Rücksicht auf die enorme Erhöhung der Beiträge einen Fehlgriff und ersucht den Verbandsvorstand dem nächsten Verbands-tag eine Vorlage zu unterbreiten, die die Arbeitslosenunterstützung ausbauen und die Errichtung einer Invaliden- und Sterbekasse ernstlich in Erwägung ziehen soll."

Bergmann-Braunschweig spricht gegen die Verschmelzung der Zentralfrankenliste mit dem Verband, da er hierin keine ergiebige Agitation für uns sieht, weil der hohe Beitrag, der dann erhoben werden muß, die uns Fernstehenden abschrecken würde, es sei die Frage der Verschmelzung auch schon deshalb hinfällig, weil zirka 2000 Krankenkassenmitglieder nicht organisiert sind und noch zirka 2000 dem Portefeuilerverband angehören, die alle dagegen stimmen würden.

Kaden-Hannover wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Ausbau des Unterstützungswezens und beklagt es, daß der Idealismus immer mehr im Schwinden sei, niemand wolle mehr ohne entsprechendes Entgelt und ohne daß ihm eine Entschädigung winkt, ein Opfer bringen.

Hartmann-Hannover tritt für den weiteren Ausbau der Unterstützungszeige ein, denn nur auf diese Weise ist es möglich, die noch Fernstehenden zu gewinnen, namentlich müßte die Arbeitslosenunterstützung vervollkommen werden.

Güth-Bielefeld wendet sich gegen Kaden; es sei zwar etwas schönes, Idealismus zu besitzen, aber heutzutage lebt man damit keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Die Zeit des Idealismus sei vorbei, nüchtern und praktisch, wie das Leben nun einmal sei, müsse man auch handeln. Wir befinden uns in der Zeit des Materialismus und müssen suchen uns damit zurecht zu finden.

Hierauf wird der Antrag Göttingen: "Der Gantag möge beschließen, bei dem Verbandsvorstand dahin zu wirken, daß bis zum nächsten Verbands-tag ein

Statut über Kranken- und Invalidenunterstützung ausgearbeitet wird, oder aber eine Verschmelzung mit der Zentralfrankenliste angubahnen," abgelehnt, und die von Herzog-Hannover eingebrachte Resolution angenommen.

Nachdem werden die eingegangenen Anträge erledigt.

Den Antrag Bielefeld: "Der Gauvorstand ist verpflichtet, die aktuellen Fragen, welche den Verband betreffen, auf die Tagesordnung zu setzen," begründet Güth-Bielefeld.

Kornacker-Hannover bittet, denselben abzulehnen, da der Gauvorstand in Zirkularen aufgefordert hat, Anträge zur Tagesordnung zu stellen, und somit dieser Antrag hinfällig sei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag Bielefeld: "Pro Mitglied und Quartal ist eine Extrasteuer von 10 Pf. zu erheben, welche zur Unterstüzung bedürftiger Kollegen und zur Agitation zu verwenden ist," wird zugleich mit dem Antrag des Gauvorstandes diskutiert, welcher lautet: "Die Zahlstellen haben pro Mitglied und Quartal einen Beitrag von 5 Pf., die Einzelmitglieder pro Monat einen Extrabeitrag von 10 Pf. an die Gaukasse zu entrichten. Die Gelter sollen zur Deckung der Verwaltungskosten, sowie zur Agitation verwendet werden."

Güth-Bielefeld hält es für eine Ungerechtigkeit, die Einzelmitglieder, welche die Vorteile der Zahlstellen nicht genießen können, auch noch mit einer Extrasteuer zu belasten, er sieht hierin eine Erschwerung der Agitation und bittet, den Antrag des Gauvorstandes abzulehnen.

Der Gauvorstand verteidigt seinen Antrag und erwidert, daß er keine Mittel in Händen habe, um Porto und Verwaltungskosten bestreiten zu können; aus diesem Grunde sei der Antrag gestellt.

Die Delegierten von Hannover haben Bedenken gegen den Antrag Bielefeld, da die Zahlstelle Hannover den Beitrag aus lokalen Mitteln bestreiten müsse, wegen der voraussichtlichen Lohnberegung im Herbst schon aber einen Beitrag von 50 Pf. pro Mitglied erhoben wird; aber auch namentlich die weiblichen Mitglieder werden sich sträuben, noch mehr zu zahlen.

Nachdem sich noch mehrere Delegierte für den Antrag Bielefeld ausgesprochen haben, wird darüber abgestimmt und zwar auf Antrag Kaden getrennt. Die erste Hälfte des Antrags wird mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen, welche besagt, daß pro Mitglied und Quartal eine Extrasteuer von 10 Pf. zu erheben ist. Die zweite Hälfte wird mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen, welche bestimmt, daß diese Beiträge zur Unterstüzung bedürftiger Kollegen und zur Agitation zu verwenden sind.

Der Antrag Bielefeld: "Zum Zwecke statistischer Erhebungen beantragt die Zahlstelle Bielefeld präzisere Befolgung des Antrages 2 des letzten Gantags von seiten des Gauvorstandes." Ferner die Anträge des Gauvorstandes:

"Die Vertrauensleute sind verpflichtet, spätestens 8 Tage nach Quartalschluß mit dem Gauvorstand abzurechnen"; und ferner: "Die Zahlstellen und Einzelmitglieder sind verpflichtet, sämtliche ihnen vom Gauvorstand zugehende Fragebogen auszufüllen und zu retournieren", werden dahingehend erledigt; daß allen Kollegen und Zahlstellen die moralische Verpflichtung auferlegt wird, die Geschäfte des Gauvorstandes möglichst zu erleichtern.

Sodann gelangt folgende Resolution zur Annahme:

"Der heutige Gantag des Gaues VIII ist der Meinung, daß die Anfrage des Verbandsvorstandes an den Verband Deutscher Buchbinderbesitzer hätte unterbleiben müssen, da dieses seitens der Unternehmer nicht als ein Zeichen unserer Stärke gelten kann."

Nachdem Geißler-Braunschweig die Zahlstellenvorsitzenden und Vertrauensleute ermahnt, etwas präzisier abzurechnen, ergreift der Gauvorsitzende das Schlußwort und fordert die Anwesenden auf, unablässig für die Organisation tätig zu sein und mitzuarbeiten.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband wird der Gantag um 6 Uhr geschlossen.

Die Schriftführer: H. Herzog-Hannover, D. Reuter-Göttingen.

Gewerkschaftskongresse

tagten in der Pfingstwoche mehrfach, deren wichtigste Verhandlungen und Beschlüsse hier wiedergegeben werden.

Die **Metallarbeiter** tagten in Berlin. Laut Vorstandsbericht hatte dieser Verband am Jahres-schluss 128842 Mitglieder, darunter 3453 weibliche. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im letzten Jahre allein 366 000 Mk. verausgabt. Die Prophezeiung einiger Schwarzseher, daß der Verband durch Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an Mitglieder abnehmen würde, ist in das gerade Gegenteil umgeschlagen. Für Streiks in den letzten beiden Jahren wurden 623 000 Mk. verwendet, davon über zwei Drittel für Abwehrstreiks. Der Vermögensbestand betrug am Ende des Jahres 703 000 Mk.

Die Generalversammlung tagte in Anwesenheit von 149 Delegierten, die zunächst den Geschäftsbericht des Vorstandes hörten, an den sich in der Diskussion die üblichen Beschwerden und Wünsche knüpfen, die allgemein jedoch nicht interessieren. — Die Verhandlungen begannen mit dem einstimmigen Beschluß, bis zum 1. Juli von den männlichen Mitgliedern zu gunsten der Ausgesperrten in Fier-lohn und an der Unterwerfer den doppelten Beitrag zu erheben.

Die Hauptverhandlungsgegenstände waren die weitere Ausbaugang der Unterstützung gemäß einer Vorlage des Vorstandes und demzufolge eine Erhöhung der Beiträge. Es handelte sich um Einführung eines Krankengeldzuschusses, eines Sterbegeldes, einer Beihilfe zu den Umzugskosten und Regelung der Unterstützung für Gemäßregelte, bei Streiks u. s. w. Der Beitrag sollte von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 10 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht werden. Nach längerer Debatte zog der Vorstand den Antrag auf Einführung des Krankengeldzuschusses zurück und schlug eine Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung vor, was schließlich auf dasselbe hinauskommt, auch den vorgeschlagenen Beitrag erfordert haben würde. Der Antrag fand denn auch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Beitrag wurde hierauf auf 40 bzw. 20 Pf. festgesetzt. Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat über Tarifverträge und Tarifgemeinschaften, woran sich eine Resolution schloß, die für derartige Abmachungen entschieden eintritt; nach kurzer Diskussion wurde dieselbe einstimmig angenommen. Sodann beschäftigte man sich mit dem letzten Gewerkschaftskongress und der Versicherung der Verbandsbeamten gegen Alter, Invalidität u. s. w. Diese Versicherung wurde zwar im Prinzip gutgeheißen, aber die Mittel verweigert, so daß die betreffenden Beamten sich mit der prinzipiellen Zustimmung begnügen, im übrigen aber zusehen müssen, wo sie nach getaner Arbeit im Alter verbleiben. Eine hierauf angenommene Resolution befaßte sich mit der Maifeier respektive mit der Unterstützung der bei dieser Gelegenheit Gemäßregelten. Die Statutberatung ging nach der Vorberatung durch eine besondere Kommission schnell von statten. Es ist daraus zu erwähnen, daß in den die Zwecke des Verbandes behandelnden Paragraphen aufgenommen wurde: Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge. Die Gesamtsumme der in einem Jahre zu zahlenden Reiseunterstützung (pro Tag 1 Mk.) wurde auf 60 bis 100 Mk. je nach ein- bis fünf-jähriger Mitgliedschaft erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung wird höchstens bis zu 60 Tagen in 52 aufeinander folgenden Wochen gezahlt und beträgt je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche für männliche und 3 bis 5 Mk. für weibliche Mitglieder. Ferner gewährt der Verband auch Umzugskosten im Betrag von 20 bis 40 Mk. Die Unterstützung bei Maßregelungen und Streiks beträgt (im ersteren Falle nur auf die Dauer von längstens 13 Wochen) 14 Mk. für verheiratete, 12 Mk. für Ledige und 7 Mk. für weibliche Mitglieder, außerdem für jedes Kind 1 Mk. Zuschuß, jedoch nicht mehr als 5 Mk. pro Woche. Bei der Wahl zur Generalversammlung haben je 1000 zahlende Mitglieder einen Abgeordneten zu wählen. Nach Wahl des Vorstandes, des Redakteurs, des Vorsitzenden des Ausschusses und Rege-

lung der Anstellung und Befolgung der Verbands-beamten und Erledigung diverser anderer einge-gangener Anträge war die Tagesordnung nach sechstägigen Verhandlungen erschöpft.

Die **Bergarbeiter** tagten in der sächsischen Bergstadt Zwickau. Anwesend waren 90 Delegierte. Die Entwicklung des Verbandes ist trotz der Krise, von der ganz besonders die Montanindustrie heim-gesucht wurde, eine zufriedenstellende gewesen, namentlich im Ruhrrevier sind große Fortschritte zu ver-zeichnen. Die Mitgliederzahl ist im Verlauf von zwei Jahren von 38 000 auf 48 000 gestiegen und dürfte gegenwärtig etwa 50 000 betragen.

Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung zeitigte eine lebhaft Diskussion. Obgleich auf einer Konferenz im Ruhrgebiet schon eine prinzipielle Er-klärung für deren Einführung im Verband ab-gegeben worden war, drohte die Regelung dieser Sache auf der Generalversammlung zu scheitern. Die Vorstandsvorlage erhielt zunächst die statuta-rische Zweidrittelmajorität nicht und erst nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte gelangte die Vor-lage zur Annahme und damit wurde auch zugleich der Beitrag auf 20 Pf. beschlossen. Darnach be-trägt die Unterstützung bei 52wöchentlicher Mitgliedschaft pro Tag 80 Pf., bei 156 Wochen pro Tag 1 Mk., bei 260 Wochen 1,20 Mk.; insgesamt kann in erster Klasse 38,40 Mk., in zweiter 48 Mk. und in dritter 57 Mk. bezogen werden. So ist also jetzt im Bergarbeiterverband außer der Sterbeunter-stützung auch die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

Einen großen Teil der Beratungen nahm die Besprechung und Stellungnahme zu der Seuchenge-fahr, die in Bergarbeiterkreisen in bedenklichem Umfang auftritt, in Anspruch, speziell welche Maß-nahmen von der Regierung zu treffen sind, um der Wurmkrankheit, von deren Gefährlichkeit und Aus-breitung unsere Leser lesthin in einer Rundschau-notiz unserer Zeitung unterrichtet worden sind, er-folgreich zu begegnen. Es wurde der Erlaß einer Bundesratsverordnung gefordert, der eine sorg-fältige Untersuchung aller Arbeiter in sämtlichen Kohlenruben des Reiches, die Auscheidung aller wurmkranken Arbeiter aus den Untertagesbetrieben und energische Vorbeugungen gegen die Verschleppung der Seuche, insbesondere gründliche Desinfektion der Gruben fordert. Die daraus entstehenden Kosten sollen nicht allein aus Reichsmitteln, sondern auch aus Mitteln der Grubenbesitzer bestritten werden. Weiter wurde ein einheitliches Reichsberggesetz, eine Verbesserung der Grubeninspektion und ein Verbot der Frauen- und Kinderarbeit gefordert. Beschlossen wurde ferner für das Saarrevier und Lothringen einen Beamten anzustellen und in mehreren Gegenden Reichsbureaus zu errichten. Dem Vorstand wurde Vollmacht erteilt zum Bau eines Verbandshauses. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt.

Die **Glasarbeiter** hielten ihre sechste General-versammlung in Dresden ab. Aus 47 Orten waren 66 Delegierte entsandt. Dieser Verband hat unter den üblen Folgen des Generalstreiks vom Jahre 1901 noch heute zu leiden, die Mitgliederzahl ist von 8452 auf 5095 herabgegangen. Bei der Besprechung über diesen Generalstreik und die daraus zu ziehenden Lehren, kam man anscheinend zu weiter keiner Schlußfolgerung, als in sehr bequemer Weise einen Teil der Schuld dem Redakteur der „Holzarbeiter-zeitung“ zuschieben, der damals bekanntlich vor der Weiterführung des Generalstreiks gewarnt hatte. Angesichts des kläglichen Ausgangs hätte man sich diese nachträgliche Entrüstungsresolution gegen Risse getroffen sparen können. Als eine Folge des ver-unglückten Streiks darf wohl die Verschärfung des Streikreglements angesehen werden. Zwecks inten-siverer Agitation wurde das Reich in acht Agitations-bezirke eingeteilt. Bei gleichzeitiger Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurden die Beiträge er-höhrt und bei einem jährlichen Einkommen bis zu 700 Mk. auf 30 Pf., bis 1000 Mk. auf 40 Pf. und über 1000 Mk. auf 50 Pf. normiert; die niedrige Klasse von 20 Pf. soll für weibliche und minderjährige Mitglieder beibehalten bleiben. Außer-dem erklärte sich die Generalversammlung für paritätische Arbeitsnachweise, der jetzt bestehende Nachweis sei allerdings keine paritätische Arbeits-vermittlungsstelle, sondern ein Maßregelungsbureau. Ferner wird das System der schwarzen Listen der Unternehmer scharf kritisiert, das sogar auf weib-liche und jugendliche Arbeiter angewandt worden sei.

Die **Töpfer** tagten in Meissen. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit 1901 um 1657 erhöht, gegenwärtig hat der Verband in 148 Zahlstellen 9064 Mitglieder, zu denen die Ofenseher mit 5127 das Hauptkontingent stellen. Aus der Debatte über den Geschäftsbericht ist unter anderem nicht un-interessant, daß ein Redner verlangte, bei Ab-schließung von Tarifverträgen die Forderung auf Freigabe des 1. Mai zu erheben, auch die Be-fürchtung einer weiteren „Verkürzung“ der Ge-werkschaftsbewegung trat zu tage.

Über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde viel diskutiert, die Ansichten über deren Wirksamkeit sind aber noch sehr geteilte und es kam in dieser Frage zu dem Entschluß, eine Urabstimmung darüber bestimmen zu lassen, als Grundlage dafür wird der Vorstandsantrag: Beiträge 40, 50, 60 und 85 Pf. dienen. Allzuviel Aussicht, eine Drei-vertelmajorität in der Urabstimmung für diese zu erlangen, scheint nicht vorhanden zu sein. Zunächst ist die Krankenunterstützung erhöht worden. Eine Reihe zu den Unterstützungen gestellte Anträge werden einer Kommission und dem Vorstand über-wiesen. Beschlossen wird, eine Statistik zu erheben. Für den sozialdemokratischen Reichstagswahlfond werden 1000 Mk. bewilligt. Die Gehälter der Be-amten werden einheitlich auf 180 Mk. monatlich festgesetzt, außerdem leistet der Verband die Hälfte der Versicherungsbeiträge für die Beamten.

Nachzutragen wäre noch ein Bericht über die Generalversammlung der Bäcker, der Umstände halber einige Male zurückgestellt werden mußte.

Die **Bäcker** hielten in Dresden ihre neunte Generalversammlung ab. Erschienen waren 25 Dele-gierte aus 22 Orten. Der Verband zählt in 80 Ver-waltungsstellen nahezu 5000 Mitglieder und hat ein Vermögen von rund 32500 Mk. Über den Geschäftsbericht wurde zwei Tage lang debattiert. Zwischen dem Hauptvorstand und der Mitgliedschaft Hamburg waren ziemlich tiefgehende Differenzen zu schlichten. Das Resultat der Debatte war die An-nahme dreier Resolutionen, welche den Frieden wieder herzustellen bestimmt sind. Vorerst ist es aber noch sehr zweifelhaft, ob dieses Ziel erreicht werden wird, da die Grobbäcker, um die es sich bei den Differenzen handelt, etwas sehr scharf ins Zeug gingen und sogar Abspaltungsversuche machten. Hiernach ging die Versammlung zur Be-ratung des Unterstützungsreglements über, das einige Änderungen erfuhr. Ebenso gaben die Berichte über die Lage der Bäcker in den einzelnen Orten Anlaß zu mehreren die Agitation betreffenden Beschlüssen. Danach wurde der Gewerkschaftskongress respektive dessen Beschluß, die Versicherung der Gewerkschafts-beamten betreffend, diskutiert und den Verbands-beamten zur Pflicht gemacht, sich der bezüglichen Unterstützungsvereinigung anzuschließen; die Hälfte der Beiträge zählt die Verbandskasse. Die zum Thema Presse vorliegenden Anträge wurden in der Mehrheit durch Übergang zur Tagesordnung er-ledigt, die übrigen dem Redakteur zur Berück-sichtigung überwiesen. Eingehende Besprechung fand das Verhältnis der organisierten Bäckereiarbeiter zu den Konsum- und Produktivgenossenschaften. Es wurden hierzu vier Referate erstattet, schließlich aber die Regelung der Angelegenheit dem Ver-bandsvorstand überwiesen. Der Sitz des Verbandes verbleibt in Hamburg, der des Ausschusses in München.

Korrespondenzen.

Wegen ausgebrochener Differenzen bei der Firma Seiler in Dessau ist Bezug nach dort-hin strengstens fernzuhalten.

Berlin. Die öffentliche Versammlung in Berlin, die sich mit der Tarifangelegenheit beschäftigte, fand am 18. Juni statt. Bergmann besprach in seinem Referat: „Die Kündigung des Tarifs und unsere Stellungnahme dazu!“ die vorausgegangenen Vorbereitungen unserer Organisation, die in Kon-ferenzen und Sitzungen der örtlichen Tarifkommission getroffen wurden, dabei speziell die Beschlüsse der Berliner Gauvorsteherkonferenz hervorhebend. Nun folgte im Mai etwas, — so führte Redner aus —, das besser unterblieben wäre: Die Anfrage des Verbandsvorstandes an die Prinzipale, betr. ihrer Stellungnahme zur Tarifkündigung und ob dieselben

* Wegen Raummangels wiederholt zurückgestellt.

mit einjähriger Verlängerung einverstanden waren. Prompt folgte die Antwort: die Prinzipale seien mit einer Verlängerung des jetzt bestehenden Tarifs einverstanden, jedoch keineswegs unter drei Jahre. Da darauf nicht in der gewünschten kurzen Zeit Bescheid gegeben werden konnte — da doch über solche wichtige Fragen die Mitglieder allein zu entscheiden haben —, erfolgte die Kündigung des Tarifs seitens der Prinzipale und verlangten dieselben eine gemeinsame Konferenz zum 8. Juni nach Leipzig. Redner besprach die Ergebnisse dieser Verhandlungen und die dort gefassten Resolutionen und meinte, es ist daraus zu ersehen, daß eine Hebung des Tarifs vermieden ist; auch ist Gelegenheit gegeben, das Vorwort, sowie mangelhafte Positionen auszubauen, ebenfalls die Minimalstundenlöhne einer Verbesserung zu unterziehen. Die Leipziger und Stuttgarter Gehilfen haben dieser ihre Zustimmung gegeben. Ebenfalls stimmen die Berliner Funktionäre sowie die Werkstubevertreuer dieser bei, deren Ansichten in folgender Resolution ihren Ausdruck fanden, die Redner auch der Versammlung zur Annahme empfiehlt:

„Die heute am 18. Juni tagende öffentliche Versammlung ermächtigt die Tarifkommission und die Funktionäre des Verbandes einer Verlängerung des jetzt bestehenden Tarifs auf weitere drei Jahre unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

1. Das Vorwort ist einer gründlichen Revidierung betreffend Tarifamt, Ausarbeitung eines Kommentars zc. zu unterziehen.
2. Der Stundenlohn ist für Arbeiter und Arbeiterinnen im zweiten und dritten Jahre auf einen bestimmten Satz zu erhöhen.
3. An den bestehenden Akkordsätzen dürfen Änderungen, welche auf Reduktionen der Preise abzielen, nicht vorgenommen werden.
4. Die Tarifkommission hat dafür Sorge zu tragen, daß dem Ausbau und der Ausbreitung der Tarifgemeinschaft seitens der Prinzipalsvereinigung tätige Unterstützung zugesichert wird.“ Diese Resolution will, daß die Stuttgarter und Leipziger Kollegen mit ihren Stundenlöhnen im ersten Jahre nachkommen können, damit im zweiten und dritten Jahre eine Gleichmäßigkeit in den Stundenlöhnen erzielt werden kann. Es sei nötig, vollstes Vertrauen in die Tarifkommission zu setzen, die alles tun wird, um den Tarif zu verbessern. Pflicht eines jeden sei es jetzt aber auch, treu zur Organisation zu stehen, die Extrasteuer gern zu zahlen, damit wir bei einem etwaigen Kampfe stark und mächtig dastehen und unseren Forderungen Nachdruck verschaffen können.

Bytomski kritisiert die Anfrage des Verbandsvorstandes, durch welche die Prinzipale auf den Gedanken kamen, wir haben Furcht vor einer Lohnbewegung; dies ist nicht der Fall. Er bittet die Resolution annehmen, da in Berlin die Lohnarbeit immer mehr um sich greift und deshalb eine Stundenlohnsteigerung notwendig sei. Auf die Prinzipale können wir uns nicht verlassen, da dieselben in ihren eigenen Geschäften versuchen, den Tarif zu durchbrechen. Wir müssen uns auf eigene Kraft verlassen können und deshalb überall und zu jeder Zeit für unsere Organisation agitieren.

Schade weist darauf hin, daß wir unseren Vorrichtertarif behalten müssen; die Ablehnung der Resolution würde aber das Verschwinden desselben bedeuten. Die Leipziger Verhältnisse haben Schuld an den traurigen Lohnsätzen der dortigen Arbeiterinnen. Im Gegensatz zu Bytomski empfiehlt er die stufenweise Lohnsteigerung und begründet dies mit den guten Erfahrungen, die zum Beispiel die Bauarbeiter damit gemacht haben.

Jahn bemängelt, daß die Mitglieder immer vorfertige Tatsachen gestellt werden und verlangt, daß auf keinen Fall der dreijährigen Verlängerung zugestimmt werden möge.

Klar weist die Vorwürfe Jahns als unrichtig zurück, da doch heute erst die definitiven Maßnahmen durch Annahme der Resolution vorgeschrieben werden. Er möchte die Resolution jedoch dahin abgeändert wissen, daß gleich im ersten Jahre eine Lohnsteigerung eintritt.

Brückner beleuchtet die Taktik der Unternehmer. Wir müssen als vorsorgliche Gewerkschafter das zu erreichen suchen, was für uns am vorteilhaftesten

ist. Um Leipzig und Stuttgart in der Stundenlohnhöhe nachkommen zu lassen, dürfte der Klarische Vorschlag nicht angenommen werden. Aber was wir verlangen, sind Mindestforderungen und werden wir davon nicht abgehen. Jedoch muß unserm Beauftragten freie Hand gelassen werden, dieselben werden schon mit allen Kräften das Mögliche zu erreichen suchen und auch erreichen. Wir fürchten einen Kampf nicht, ziehen aber eine friedliche Lösung vor, müssen uns aber auf die Kollegenschaft und deren Opferwilligkeit verlassen können.

Frau Kschemin verurteilt das Vorgehen der Leipziger Kollegen, die für ihre Arbeiterinnen nichts tun und sich deshalb nicht auf dieselben verlassen können. In Berlin sei dies anders, und die Berliner Kolleginnen werden auch trotz alledem ihre Erzeugnisse zu verteidigen wissen.

In der weiteren Diskussion empfehlen Tielmann und Drauz die Annahme der Resolution. Letzterer möchte dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in unserem Tarif Geltung verschaffen und hofft, daß unsere Bewegung dank der eingeschlagenen Taktik gut auslaufen wird. Zu den Ausführungen Bytomski betreffend Einführung des Minimalstundenlohns in den anderen Branchen, müssen die in diesen Branchen Arbeitenden erst zur Erkenntnis ihrer Lage gebracht werden. — In seinem Schlußwort verteidigt Bergmann die von Jahn verurteilte Vorsicht, da Vorsicht noch kein Zeichen von Feigheit sei. Wir müssen das Gute nehmen, wie und wo wir es bekommen können. Auch liegt es im Interesse der Großstädte die Verhältnisse der kleinen Orte zu bessern und ist schon deshalb eine Verabredung empfehlenswert. Nachdem der Zusatzantrag klar angenommen worden, wird die Resolution, die im zweiten Punkte folgende Änderung erfahren:

„Die Stundenlöhne sind nach Maßgabe der Teuerungsverhältnisse der einzelnen Tarifsorte im ersten, zweiten und dritten Jahre der Tarifdauer zu erhöhen.“

einstimmig angenommen. Darauf wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterorganisation und die Tarifgemeinschaft geschlossen.

Berlin. In der Delegiertensitzung der Albumbranche am 17. Juni fehlten unentschuldig die Delegierten der Firmen Kosante und Deitmann.

Danzig. Am Sonnabend den 30. Mai fand hier eine Versammlung statt, in der Kollege Schiller ein kleines Referat hielt, in dem er die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters, den Konkurrenzkampf des Kleinmeisterturns mit der Großindustrie und die Erfolge der Arbeiterorganisationen schilderte. Redner empfahl zum Schluß seiner Ausführungen für unseren Verband zu agitieren um auch in Danzig es zu ermöglichen, bessere Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe zu schaffen. — Vor der Versammlung hatte sich ein Kollege in den Verband aufnehmen lassen, nach der Versammlung wurden zwei Kollegen auf deren Wunsch Statuten und Agitationsbroschüren verabsolgt, da sie sich bis zur nächsten Versammlung über ihren Eintritt in den Verband entschließen wollen.

Düsseldorf. Am 7. Juni fand hier eine von 80 Kollegen und 4 Kolleginnen besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Frl. Imle über: „Ist eine Tarifgemeinschaft in unserem Gewerbe anzustreben“, sprach, ferner hatte Kollege Schilbbach ein Referat angelegt über: „Arbeiterschutzesgebung und Gewerkschaften.“

Frl. Imles Referat hier wiederzugeben, ist ja nicht möglich, die einstündige interessante Rede zeigte den Versammelten einleuchtend die Vorteile einer Tarifgemeinschaft und die Notwendigkeit der Organisation, sie wird allen Anwesenden in guter und lebhafter Erinnerung bleiben und man kann der Hoffnung sein, daß sie auch noch nachträglich gute Früchte tragen wird. Auch besprach sie die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, insbesondere des Buchdrucker-Verbandes. — Die von der Referentin ausgesprochene Meinung, daß unter den anwesenden Kollegen hoffentlich keiner mehr ist, der unter 21 Mk. arbeitet, wurden durch Zwischenrufe, die das Gegenteil bewiesen, als nicht zutreffend hingestellt. Ihre Schlußworte besagten: Auch in Düsseldorf ist eine Tarifgemeinschaft in unserem Gewerbe notwendig. Jedoch ohne Opfer kein Kampf, alle Vorteile müssen errungen werden, darum organisieren und wieder organisieren!

Reichen Beifall spendete die Versammlung der Referentin. Vier Kollegen fanden sich bereit — leider nur 4 — in den Verband einzutreten.

Kollege Schilbbach hielt mit Rücksicht auf das ausführliche Referat des Frl. Imle seinen Vortrag nicht, versprach aber, in den nächsten Mitgliederversammlungen denselben zu halten.

In der Diskussion beteiligte sich zunächst ein Buchdrucker Blume. Er schloß sich dem Referat in allen Teilen an, gab jedoch im weiteren der Meinung Ausdruck, daß gewerkschaftliche und politische Angelegenheiten oftmals durcheinander geworfen würden und damit allemal die Gewerkschaften den Nachteil hätten. Auch führte der Redner aus, daß man von einem Zusammenwirken der Buchdrucker mit den Buchbindern vielleicht nicht mehr weit entfernt wäre, jedoch harre dieses Problem immer noch der Lösung, wenn wir Buchbinder den Buchdruckern gangbare Mittel und Wege zeigen könnten, so würden uns die Buchdrucker ihre Unterstützung nicht verweigern.

Zwei weitere Redner gaben Auskunft über einige Werkstattverhältnisse. So werden bei der Firma Könnis noch Löhne von 13, 15 und 18 Mk. (allerdings an unorganisierte Kollegen) bezahlt. — Auch die Kolleginnen wurden aufgefordert, dem Verband ihr Interesse zuzuwenden. Ein Kollege wollte sein Nichttreten in unseren Verband damit entschuldigen, daß die „Buchbinder-Zeitung“ in ihren Festartikeln die religiös-empfindenden Kollegen verlege, die Leitung unserer Zeitung müßte darauf hingewiesen werden, das religiöse Gefühl der Mitglieder mehr zu berücksichtigen, der Kollege hatte sich verletzt gefühlt durch den Artikel in der Pfingstnummer. Darauf erwiderte Frl. Imle, daß an diesem Artikel niemand Anstoß nehmen könne und auch wohl nicht genommen habe, daß sei wohl nicht der wahre Grund, weshalb der betreffende Kollege nicht Mitglied des Verbandes werden will. In ihrem Schlußwort forderte die Referentin nochmals die unorganisierten Kollegen auf, Mitglieder des Verbandes zu werden. Der Vorsitzende machte auf den am 28. Juni stattfindenden Gauausflug aufmerksam und bittet um zahlreiche Beteiligung. Hierauf schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband Kollege Radday die sehr interessante Versammlung.

Saalfeld. In unserer letzten Versammlung beschäftigten wir uns mit der Frage der Extrasteuer, die eine rege Debatte hervorrief, zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die besagt, dem Verbandsvorstand bekannt zu geben, daß der Beitrag von 50 Pfennig für kleinere Zahlstellen zu hoch bemessen ist, denn durch diese Erhöhung wird die Mitgliederzahl der kleineren Zahlstellen nicht erhöht, sondern stark verringert. Warum sollen denn die kleineren Zahlstellen mit den größten in gleicher Beitragsleistung stehen, wo doch die Löhne so sehr verschieden sind? Da wäre ein Staffeltarif entschieden angebracht und zwar für die Großstädte, denen es ja in erster Linie zu gute kommt. Einiges über die gegenwärtigen Zustände hiesiger Zahlstelle sei mir gestattet, hier selbst anzufügen. Zur Zeit gehören sämtliche hier beschäftigte Kollegen dem Verband an, so daß wir augenblicklich die tatsächliche Zahl von 18 Mitgliedern besitzen, hoffen wir, daß es so bleiben wird. Von den 18 Kollegen sind acht verheiratet, welche trotz mancher Schwierigkeiten treu zum Verband halten. Was eine tüchtige Organisation zu leisten imstande ist, möge folgender Fall beweisen. In einer hiesigen größeren Firma war dem Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle der Lithographen und Steindrucker angeblich aus Mangel an Arbeit gekündigt worden, trotzdem daß Betreffender schon eine Reihe von Jahren in obigem Betrieb tätig war. Da Differenzen in einer anderen Angelegenheit vorlagen, so reichte das dort beschäftigte Personal die Kündigung ein, wobei auch fünf Buchbinder daran beteiligt waren. Jedoch die Angelegenheit verlief zur größten Zufriedenheit der Angestellten, denn der Montag war noch nicht zu Ende, als betreffende Firma die Kündigung zurücknahm, und für betreffenden Herrn wieder Arbeit da war. Also hat sich auch hier wieder der alte Spruch bewährt „Einigkeit macht stark“.

Sofgeismar. Am 6. Juni hielten wir unsere übliche Zusammenkunft ab. Anwesend waren acht organisierte Kollegen und ein neuzugeworbener Nicht-

verbandstollege; letzterer erklärte, unserem Verband beizutreten. Es wurde der Vorschlag akzeptiert, ab und zu einen Bericht über die Tätigkeit der hiesigen Kollegen in unserem Organ erscheinen zu lassen, damit hauptsächlich diejenigen Kollegen, welche früher am Orte verweilt und für unseren Verband tätig waren, etwas über unsere Tätigkeit hören. Trotz dem starken Wechsel bei der bekannten Firma L. Reiseberg, Hoflieferant, sind immer sieben bis elf Verbandskollegen hier am Orte. Obwohl sich in Hofgeismar sehr schwer ein geeignetes Lokal zur Abhaltung der Versammlungen bietet, findet doch regelmäßig alle vierzehn Tage eine Zusammenkunft statt. Kollege Kessler gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf des Gantags in Hildesheim. Hierauf wurde selbigen vom Kollegen Kauffus im Namen der organisierten Kollegen der Dank ausgesprochen; derselbe wünschte, daß Kessler zukünftig als Vertrauensmann tätig bleiben möge, da der stete Wechsel nur nachteilig sei. Petermann spricht den Wunsch aus, daß die neuereintretenden Kollegen stets treue Mitglieder des Verbandes bleiben mögen und nicht durch persönliche Rivalereien wieder abtrünnig werden. Hierauf schloß der Vertrauensmann um 10¹/₄ Uhr die Zusammenkunft, und es reichte sich ein gemütliches Beisammensein an, wobei hauptsächlich Gelfsch durch seinen Humor zur fidelen Unterhaltung viel beitrug.

Groß-Bischdorf. Sonnabend den 13. Juni fand hier eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, zu welcher sich mehrere Kollegen aus den umliegenden Ortschaften eingefunden hatten. Zunächst referierte Kollege Kohl-Dresden über die Aussperrungen der letzten Zeit. Er wies darauf hin, daß die Unternehmer bloß darauf ausgingen, die Organisationen der Arbeiter zu zerstören, was ihnen jedoch nicht gelingen wird, im Gegenteil, die Arbeiter werden sich immer mehr zusammenschließen, um dem brutalen Vorgehen der Unternehmer energisch entgegenzutreten zu können. Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte er die anwesenden Kollegen auf, dem Buchbinderverband sich anzuschließen, denn nur durch geschlossenes Vorgehen können wir etwas erreichen. Sodann entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Errichtung einer Zahlstelle für Bischdorf und Umgegend. Da sich mehrere Kollegen gegen die Gründung einer Zahlstelle aussprachen, wobei Lange erklärte, daß durch die unnötigen Gründungen kleiner Zahlstellen schon viele böse Erfahrungen gemacht worden seien, und die Gründung einer solchen hier am Orte auch nur zum Schaden für Dresden wäre, wurde auf Anregung Wienikes beschlossen, eine Filiale der Dresdener Zahlstelle für Groß-Bischdorf und Umgegend zu gründen, für welche Meyer als Vertrauensmann gewählt wurde.

Gleichzeitig wurde beschlossen, daß jeden zweiten und vierten Sonnabend eines jeden Monats ein Zahlabend stattfinden soll. Sodann wurden die Zustände der Firma Paul Sitz in Mägeln einer kleinen Kritik unterzogen, mit der wir uns wahrscheinlich noch später befassen werden. Daß auch die kleinste Versammlung in Sachsen ihre Polizeikuriositäten haben muß, zeigte das pflichtbewußte Eingreifen des überwachenden Beamten auch in dieser kleinen Zusammenkunft. Die Versammlung war als öffentliche Buchbinderversammlung angemeldet, insolge dessen auch jedermann Zutritt haben mußte. Es waren denn auch verschiedene Gewerkschaftsmitglieder erschienen, und so kam es, daß einer derselben sich zum Worte meldete. Da aber fuhr der Überwachende dazwischen und gab seiner Weisheit und Geseßkenntnis dahin Ausdruck, daß nur Buchbinder sprechen dürfen. Diese Meinung wurde ihm sofort von mehreren Kollegen ausgetrieben und der Überwachende zog um eine Erfahrung reicher von dannen.

Chemnitz. Unsere letzte, von circa 30 Mitgliedern besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betr. Extrasteuer. Ohne die Ausführungen eines jeden Redners wiederzugeben, soll nur die allgemeine Stimmung Ausdruck finden, welche kurz gesagt, für die Extrasteuer keine günstige ist. Vor allem wurde der Termin zur Einführung derselben für verfrüht gehalten, auch wurde die Angabe vermisst, wie lange eigentlich die Erhebung dauern soll, da es doch bei der Agitation von Wert sei, wenn man sagen kann, daß die Erhebung nur ein Viertel-

oder ein Halbjahr anhält. Es wurde auch vermutet, daß mit der Extrasteuer nur ein Versuch gemacht werden soll, um die Stimmung für eine dauernde Erhöhung der Beiträge kennen zu lernen. Die Erklärung des Verbandsvorstandes, daß nach Schluß der Tarifbewegung den kleineren Zahlstellen mehr Interesse gewidmet werden soll, wurde sehr lobt aufgenommen, da es bei der letzten Bewegung ebenfalls so geheissen habe, ohne daß man von dem erhöhten Interesse etwas gemerkt hat. Vielmehr ist der Verbandsvorstand bei der Bewilligung von Agitationsgeldern stets sehr zurückhaltend, obwohl das doch die einzigen Ansprüche wären, die kleinere Zahlstellen an die Verbandskasse stellen. — Wenn auch von keiner Seite die Absicht laut wurde, deswegen auszutreten, sondern vielmehr betont wurde, dem Verbandsverbande treu zu bleiben, so schwer es bei den örtlichen Lohnverhältnissen auch sei, so vermüßte man doch jene Opferfreudigkeit, wie sie sich bei früheren gleichen Anlässen kund tat, da man eben die Notwendigkeit einer solchen enormen Erhöhung der Beiträge vorläufig nicht einsehen konnte.

Zeit. Unsere am 20. Juni abgehaltene Extraversammlung beschäftigte sich mit den Fragen: Wie stellen wir uns zur Tarifverlängerung und der Extrasteuer. Mit Rücksicht auf die schlechten Lohnverhältnisse am hiesigen Orte, die in anderen kleineren Zahlstellen auch nicht bessere sein werden, ist es doch kaum möglich, den Kollegen ein so großes Opfer aufzubürden. Es sprachen sich mehrere Kollegen dahin aus, daß die Zahlstellen, welche den Nutzen vom Tarif haben, auch die Extrasteuer zahlen mögen. Demgegenüber tritt Trommler für die Extrasteuer ein und betont, daß der Nutzen der Extrasteuer auch den kleinen Zahlstellen indirekt zu gute komme. Unser Vorsitzender Köpfer erklärte den anwesenden Mitgliedern den Nutzen der Tarifgemeinschaft; seine Ausführungen bezüglich der Extrasteuer gipfelten darin: wenn wir die Zahlung der Extrasteuer verweigern, bekunden wir uns als Gegner jeden Fortschritts. Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die Zahlstelle Zeit ist mit der 3-jährigen Tarifverlängerung einverstanden. Sollte keine Einigung erzielt werden, so ist dieselbe für die ausgeschriebene Extrasteuer, jedoch unter der Bedingung, daß die kleinen Zahlstellen mehr Begünstigung zu erwarten haben.“

Erlangen. Am 13. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Vorsitzender Fehse erklärte infolge familiärer Verhältnisse seinen Posten leider niederlegen zu müssen, so ungerne er es auch tue. Er verspricht jedoch auch fernerhin, soweit es ihm möglich, seine Kraft in den Dienst unserer Sache stellen zu wollen. Die gut besuchte Versammlung bebauert lebhaft den Rücktritt, muß ihn jedoch in Anbetracht der Gründe billigen. Kollege Fehse wird der Dank für seine 2¹/₂ jährige Tätigkeit ausgesprochen und mit großer Majorität Dör als Vorsitzender gewählt. Dieser verspricht in die Fußstapfen seines Vorgängers treten zu wollen und ebenfalls seine ganze Kraft für das fernere Wohl unserer Zahlstelle einzusetzen.

Es folgt ein Referat des Gauvorsitzenden Reckling-Fürth über „Die bevorstehende Revision des deutschen Buchbinder tariffs“. In einflussiger, durch reichen Beifall gelohnter, vortrefflicher Rede schildert Redner die gegenwärtige Situation in Leipzig, Berlin und Stuttgart, er erklärt überzeugend die Gründe, die Verbandsvorstand und Ausschuss veranlassen, den Beitrag bis auf weiteres zu erhöhen, und geht dann zu den Erlanger Verhältnissen, bezw. der Frage einer Tarifrevision am hiesigen Orte über. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß es auch hier im Interesse der Prinzipale und Gehilfen in diesem Jahre gelegentlich der bevorstehenden Neueinführung einer für die ganze Branche einheitlichen Arbeitsordnung, zu einer gesetzlich bindenden, mehrere Jahre gültigen Tarifvereinbarung kommen möge und hält dies auf durchaus gültigen Wege für erreichbar. — Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich im gleichen oder doch ähnlichen Sinne aus.

Betreffs des erhöhten Beitrags wird die Verwaltung beauftragt, den Mitgliedern nochmals die Notwendigkeit durch Flugblatt vor Augen zu führen.

Schreibberg. Mit Ausnahme von zwei Kollegen waren alle zu der am Samstag, den 20. Juni, einberufenen Versammlung, in welcher unser Gauvorsitzender Schmidt ein Referat hielt, pünktlich erschienen. Nachdem zuerst Kollege Albrecht an

Stelle des abreisenden Schriftführers gewählt war, erhielt der Referent das Wort zu seinem Vortrag. In seiner 1/4stündigen Rede sprach er in ausführlicher Weise über Entstehung und Bedeutung einer Tarifvereinbarung, um sodann die Wege zu zeigen, die zu wandeln sind, um die Gültigkeit eines solchen für ganz Deutschland zu erstreben. Es müsse, um dies zu erreichen, ein einheitlicher Minimallohn und eine Maximalarbeitszeit für unser Gewerbe in Deutschland durchgeführt werden, was aber nicht ohne Kämpfe und bedeutende Ausgaben möglich sei und rechtfertige sich aus diesem Grunde die Ausschreibung der Extrasteuer. Dem Referenten lohnte reicher Beifall für seinen guten Vortrag.

In der lebhaft geführten Diskussion kamen auch die hiesigen Verhältnisseverhältnisse zur Erörterung und soll vor allen Dingen versucht werden, in den beiden Geschäften, wo noch Kost und Logis als Lohnentgelt gegeben wird, dieses abzuschaffen. Die eingegangene Resolution (siehe Bericht Mannheim in Nr. 25) erhielt einstimmige Annahme.

Nach Schluß der Versammlung machte sich eine Anzahl Kollegen das Vergnügen einer „Maitour“, um vom Königsstuhl aus den Sonnenaufgang zu betrachten. Aber — o weh —, es herrschte dichter Nebel und so kamen sie um den Genuß dieses interessanten Naturschauspiels.

München. Unsere Mitgliederversammlung vom 20. Juni beschäftigte sich mit der Extrasteuer. Generalsekretär Jakobson hielt hierüber ein kurzes Referat. Redner besprach Zweck und Notwendigkeit der Extrasteuer.

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen zwei Kollegen gegen deren Erhebung; sie halten die Steuer für zu hoch und befürchten einen Verlust an Mitgliedern, man müsse doch auch an die schlechter bezahlten Kollegen in den Kleinstädten denken. Dem gegenüber wurde ausgeführt, daß es sich erwiesen habe, daß gerade die am schlechtesten bezahlten Arbeiter die Extrasteuern am willigsten leisten und ja die späteren Vorteile doch auch ihnen zugute kommen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Extrasteuer nicht lange in Kraft bleiben möge. Zum Schlusse fand eine Resolution mit allen gegen zwei Stimmen Annahme, die sich für Erhebung der Extrasteuer ausspricht.

Regensburg. Am Samstag den 6. Juni fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Gauvorsitzender Reckling über das Thema: Einführung von Minimallohnen und einer Maximalarbeitszeit in unserem Gewerbe für ganz Deutschland und wie stellt sich die Regensburger Kollegenchaft dazu, referierte. Redner besprach in klarer und verständlicher Weise die Vorteile der Tarifgemeinschaften. Infolge der eingetretenen Krise konnte in den kleineren Städten auf diesem Gebiet bis dato nicht das erreicht werden, was erreicht werden sollte. Jedoch solle es in diesem Jahre anders werden, die Einführung des Tarifs solle hauptsächlich den kleineren Städten zu gute kommen. Redner kam auch auf die Berliner Gauvorsitzendenkonferenz zu sprechen und bemerkte, daß dort beschlossen wurde, eine Extrasteuer zu erheben, die nun durch die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Kraft getreten sei. Der Referent kam auch auf die Lohnverhältnisse Regensburgs zu sprechen und wies darauf hin, wie notwendig es sei, in Regensburg durch Tarif festgesetzte Lohnverhältnisse einzuführen; er hofft ganz bestimmt, daß die hiesigen Kollegen sich dafür interessieren und solche Verhältnisse anstreben werden, und bittet gleichzeitig in der Diskussion Stellung dazu zu nehmen.

Nach längerer lebhafter Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. Die Versammelten erachten es als unbedingte Notwendigkeit, daß die gegenwärtigen unregelmäßigen Lohnzustände in den kleinen Städten unseres Gewerbes durch Festsetzung eines einheitlichen Minimallohnes, sowie einer Maximalarbeitszeit beseitigt werden. Dieselben versprechen die Zahlstellen in ihren diesbezüglichen Bestrebungen jederzeit zu unterstützen durch unangesezte Agitation und durch treue, opferfreudige Mitarbeit. — Die Versammlung erklärt sich bereit die Extrasteuer im Interesse der Gesamtheit zu leisten.“

Darauf forderte der Referent die unorganisierten Kollegen auf, sich dem Verband anzuschließen und führte diesen gleichzeitig die Bedeutung und den Zweck des Verbandes vor Augen. Auch von Seiten einiger Kollegen wurden noch recht beherzigenswerte Worte an die Anwesenden gerichtet, jeder solle seinen Mann stellen, und zwar in ruhiger und besonnener Weise. Bedauerlich war es, daß so wenig unorganisierte Kollegen es der Mühe für wert gehalten hatten, in der so interessanten Versammlung zu erscheinen, war doch einem jeden Kollegen ein Zirkular per Post zugesandt worden. Hauptsächlich kommt hier die Firma Rüstet in Betracht. Wir rufen deshalb diesen zu: Beweist, daß Ihr so viel Mut besitzt, Euch unserem Verband anzuschließen! Oder wollt Ihr weiter untätig zusehen, wie Eure Mitkollegen seit Jahren bestrebt sind, eine Besserung in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen?

Kundschau.

* Die Ergebnisse der Reichstagswahlen die die kühnsten Erwartungen jedes Freundes der Arbeiterfrage bei weitem übertrafen haben, sind wohl bereits bis in die entferntesten Winkel des Deutschen Reiches gedrungen, so daß wir der Pflicht enthoben sind, hier diese zu registrieren. Unter den in der Hauptwahl gewählten 56 Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei befindet sich unser Kollege Buchwald in Altenburg, während unser Verbandsvorsitzender Dietrich im württembergischen Wahlkreis Ulm-Heidenheim in die Stichwahl kommt und dessen Wahl oder Nichtwahl bei Erscheinen dieser Zeilen bereits entschieden ist. — Einige, besonders die Gewerkschaften interessierenden Ergebnisse, behalten wir uns vor in der nächsten gewerkschaftlichen Umschau zu besprechen.

* Beleidigung eines Arbeitswilligen. Wegen Vergehens des Mißbrauchs des gewerblichen Koalitionsrechtes gemäß § 153 der Reichsgewerbeordnung fand gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Erlangen, Kollege Fehse, am 9. Juni Verhandlung vor dem dortigen Schöffengericht statt. Fehse sollte gelegentlich des Streiks bei Feldmann & Co. den Hilfsarbeiter Lämmermann (Arbeitswilliger) aufgefordert haben, sich entweder den Streikenden anzuschließen, oder aber wegen einer gegen die Mitglieder der Zahlstelle gebrauchten Beleidigung 50 Mk. an die Armentasse zu zahlen. Durch Aussage einer Anzahl Entlastungszeugen wird jedoch bewiesen, daß kein Wort davon wahr ist und mußte Fehse, zum Leidwesen gewisser Herren, die die Anklage veranlaßt hatten, auf Antrag des Anwaltes selbst kostenlos freigesprochen werden.

* Tariffbewegung der Steindrucker und Lithographen. Die Lithographen, Photographen, Präparateure und Retoucheure haben in neunzehn Städten Deutschlands einen Tarif den Prinzipalen unterbreitet, welcher bis jetzt von dreizehn Berliner Firmen anerkannt wurde. In verschiedenen Städten, wie Leipzig, Dresden, München u. s. w. kam es zu Differenzen und finden überall Verhandlungen statt. Eine größere Anzahl von Firmen hatte infolge dieses Vorgehens der Gehilfen eine Hauptversammlung aller Lithodruckerbeitgeber nach Leipzig am 7. Juni im Deutschen Buchgewerbehaus einberufen, um eine Prinzipalsorganisation zu gründen. Von Gehilfen Seite wird dieser Zusammenschluß der Prinzipale als ein günstiges Zeichen angesehen und als ein Fortschritt für die gemeinsamen Bestrebungen im Lichtdruckgewerbe begrüßt, da die Preisunterbietung einen Stand erreicht habe, der in der Fortsetzung den Ruin des ganzen Berufs herbeiführen müßte. Eine Konferenz von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollte sich obiger Zusammenkunft anschließen, um einen dauernden Frieden auf dem Wege der Verhandlungen zu schließen. Über die Verhandlungen selbst ist uns noch nichts bekannt.

* Der Portefeuillevorband veranstaltet eine statistische Erhebung über die Lage der Heimarbeiter in der Portefeuillevindustrie Deutschlands, zu welchem Zwecke Fragebogen zur Ausgabe gelangen.

Die Tagesordnung für den am 14. v. September stattfindenden Verbandstag enthält außer den Be-

richten des Vorstandes und Ausschusses ein Referat Weinschild's über „Arbeitslosenunterstützung“ und ein Referat Hennigs-Berlin über: „Unsere Politik bei Lohnbewegungen“. Außerdem soll Stellung zu in- und ausländischen Organisationen und zur Generalkommission genommen werden, auch die Hausindustrie im Beruf soll besprochen werden.

* Eine Aussperrung der Holzarbeiter in Düsseldorf hat der Arbeitgeberverband beschloffen. Die Zahl der Opfer würde etwa 2500 betragen. Die Differenzen bestehen in Bezahlung der Überstunden und Bildung von Arbeiterausschüssen. Die beteiligten Unternehmer haben sich durch zwei Sichtwechsel daraufhin verpflichtet, dem Gebot des Exekutivausschusses Folge zu leisten. Der eine dieser Wechsel lautet auf glatt 500 Mk., der andere je nach Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 500 bis 10 000 Mk. — § 152 der Gewerbeordnung lautet: Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende u. s. w. wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels — — — Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben. Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Vereinbarungen frei und es findet aus letzterem weder Klage noch Einrede statt.

* Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Köln beschloß, sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Verputzer, Fuger, Maurer, Handlanger, Plattenleger und Erdarbeiter auszusperrn. Anlaß: der seit dreizehn Wochen andauernde Streik der Verputzer und Fuger.

* Die Aussperrung der Metallarbeiter in Pforzheim, die bekanntlich beendet ist, zeigt als Nachwirkung, daß von den ausgesperrt gemessenen Arbeitern 547 noch nicht wieder beschäftigt werden, und es wird der weitaus größte Teil dieser Leute sich außerhalb Arbeit suchen müssen, da teils ihre früheren Arbeitsstellen durch fremde Arbeiter besetzt worden sind.

* Die Verweigerung von Streikarbeit ist ein Grund zu sofortiger Entlassung — so hat das Gewerbegericht der Stadt Pforzheim entschieden. Die Klage eines aus dem Grunde entlassenen Arbeiters auf Entschädigung nach § 124 b der Gewerbeordnung wurde mit folgender Begründung zurückgewiesen: „Durch die fortgesetzte Verweigerung des Klägers, diese Arbeiten auszuführen, ist nach § 123 Nr. 3 der Gewerbeordnung die sofortige Entlassung des Klägers gerechtfertigt; denn aus dem geschlossenen Arbeitsvertrag folgt in erster Linie die Verpflichtung des Arbeiters, den berechtigten Anforderungen seines Arbeitgebers nachzukommen. Der Einwand des Klägers, daß die Ausführung dieser Arbeiten mit seinem Ehrgefühl unvereinbar sei und gegen die guten Sitten verstoßen würde, ist völlig ungerechtfertigt. Wenn auch Kläger infolge seines Solidaritätsgefühls ein Interesse daran hat, daß jemandem, der mit seinen Arbeitern Differenzen hat, die Ausführung der Aufträge unmöglich gemacht wird, so steht doch der Geltendmachung dieses Interesses der mit dem Beklagten geschlossene Arbeitsvertrag gegenüber, welcher den Kläger verpflichtet, den erteilten Anordnungen des Beklagten nachzukommen.“

* Eine neue Berufs- und Gewerbezahlung soll nunmehr bestimmt im Jahre 1905 aufgenommen werden. Dieser Entschluß ist sehr zu begrüßen, da die 1895 ausgenommene Statistik längst nicht mehr einen zutreffenden Maßstab für die Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse bildet. Wichtig vor allem wäre eine in regelmäßigen Zwischenräumen, mindestens alle 10 Jahre wiederholte Berufs- und Gewerbezahlung. Vielleicht bildet die 1905 beabsichtigte Wiederholung die Einleitung zu einem solchen regelmäßigen Turnus.

* Innungsverbände gibt es in Preußen nach dem im Handelsministerium herausgegebenen Ministerialblatt für die Handels- und Gewerbeverwaltung gegenwärtig 33, die zusammen 4194 Innungen mit 187 084 Innungsmitgliedern und 1337 Einzelmitgliedern, im ganzen also 188 421 Ver-

bandsgenossen umfassen. Von den 33 Verbänden haben 19 ihren Sitz in Berlin. Die stärkste Mitgliederzahl weist der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“ in Berlin auf, der 988 Innungen und 41 868 Verbandsgenossen zählt; dann folgen der Deutsche Fleischerverband in Frankfurt a. M. mit 1065 Innungen und 35 767 Mitgliedern, der Bund deutscher Schneider-Innungen in Berlin mit 252 Innungen und 19 228 Mitgliedern, der Bund deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen in Berlin mit 356 Innungen und 16 433 Mitgliedern und der Bund deutscher Schuhmacher-Innungen in Berlin mit 130 Innungen und 13 793 Mitgliedern.

* Lungenheilstätten gibt es gegenwärtig im Deutschen Reich, wie die „Völkst. Zeitschrift für prakt. Arbeiterversicherung“ mitteilt, zwischen 70 und 80. Von diesen sind 57 öffentliche und Vereinsheilstätten, der Rest private Heilanstalten. In den gesamten Heilstätten sind mehr als 7000 Krankenbetten in Betrieb. Jedes Anstaltsbett kann durchschnittlich von vier Personen im Jahre benutzt werden, so daß annähernd 30 000 Personen jährlich die Wohlthat der Heilstättenbehandlung benutzen können. Im Bau begriffen und größtenteils der Vollendung nahe sind weitere 10 Heilstätten. Außerdem haben die Landesversicherungsanstalten für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, für Schwaben und Neuburg und für das Königreich Sachsen, sowie eine Anzahl von größeren Heilstättenvereinen, städtischen Verwaltungen und Stiftungen die Errichtung von zusammen 23 Lungenheilstätten in Aussicht und zum Teile bereits in Angriff genommen.

Briefkasten.

E. W. in F. Kostet natürlich nichts. Hoffentlich geht's Ihnen in der neuen Stellung gut. Gruß!
K. D. in F. Mir ist von einem solchen Briefe nichts bekannt.

F. Sch. in D. Zum Abdruck nicht zu gebrauchen.
L. R. in D. Heiratsannoncen nehmen wir nicht auf.
Trier. Da ist natürlich schwer zu raten. Ich kenne die Verhältnisse dort auch nicht und auch unsere Statistik enthält nichts darüber. Wenn Ihnen die Stellung zusagt und einigermaßen sicher ist, so wäre die Ueberriedelung wohl zu empfehlen, denn der Lebensunterhalt wird dort keineswegs teurer sein, wie in Ihrem jetzigen Aufenthaltsort. Zahlstelle besteht dort nicht, nur Einzelmitglieder gehören dem Verband an.
Zurückgestellt: Eingefandt aus Darmstadt.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Bromberg: E. Desterle, Danzigerstraße 19.
Erlangen: Ph. Dörr, Hauptstraße 64 I.
Heidelberg: Karl Paule, Buchdruckerei Bessel, Hauptstraße 64.
Mainz: R. Kämnick, Brand 8 IV.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.
Mainz, Z. A. R. Kämnick, Brand 8 IV; von 7 bis 8 Uhr. Ml. 18 Ml. Az. 9—9½ St.

Anzeigenfeil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchhinder etc. (Eingef. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
831 [2.20]

Verwaltungsstelle Hannover.
Am 16. Juni verstarb nach langem Krankenlager unser Mitglied der Buchhinder
Carl Wiegand
aus Michelsberg im Alter von 24 Jahren.
Am 19. Juni verstarb unser Mitglied der Buchhinder
Albert Algermissen
aus Grauhof im Alter von 39 Jahren an Herzlähmung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Allen Mitgliedern hiernit zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied, die Vintereerin **Frau Minna Lange** am 14. Juni verstorben ist. [1.20] Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten! [332] **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Berlin.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am **Wittwoch den 8. Juli er.** im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I, statt. Tagesordnung siehe nächste Nummer dieses Blattes.

Wir ersuchen alle Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, dieselben schleunigst zu begleichen; andernfalls sie aus der Mitgliederliste gestrichen werden müssen. [1.30] **Die Ortsverwaltung.** [333]

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Göhlingerstraße)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: [1.90] **334** 1. Die Berliner und Leipziger Resolution zur Tarifrevision. 2. Verschiedenes und Fragekasten.

Um eine pünktliche Abrechnung zu ermöglichen, werden die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, nochmals ersucht, dieselben sofort zu begleichen. Der 4. Wochen im Rückstand ist, wird in der am 18. Juli stattfindenden Generalversammlung verlesen.

Der Vorstand.

335 Gau IX (Thüringen). [1.50]

Den Zahlstellen und Einzelmitgliedern zur Nachricht, daß unsere diesjährige Gaupartie bestimmt am **28. Juni** stattfindet. Es hat sich eine kleine Änderung notwendig gemacht, indem wir nicht bis Plaue, sondern bis Martinroda fahren. Abfahrt v. Erfurt 6^{1/2}. Ankunft in Martinroda 7²⁰. Von hier zu Fuß über den Veronitaberg, Elgersburg, Manebach, Gabelbach, Kichelhahn, Goethenhaus-Tannenau. Abfahrt von hier Abends 8³⁰. Einer zahlreichen Beteiligung entgegengehend **Der Gauvorstand. J. A. L. Finemann.**

Unsere Kollegen [0.70]

Knapp und Klumpp

zu ihrer Abreise von hier ein **„Herzliches Lebewohl!“** **336** Die Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe.

Allen Kollegen der Zahlstelle Heidelberg ein

„Herzliches Lebewohl!“

337 [0.50] **Paul Fabian.**

Unsere Kollegen [0.80]

Valentin Hepp

zu seiner Vermählung mit **Fräulein Luise Arnold** die besten Glückwünsche! **Die Kollegen der Firma Weiß & Sameier, Ludwigshafen a. Rh.** **338**

Ihrem lieben Kollegen [0.90]

Hermann Gehde nebst Frau zur silbernen Hochzeit die **Herzlichsten Glückwünsche!**

339 Die Kollegen: **A. Korn, H. Voelter und M. Heber.** Berlin, den 29. Juni 1903.

Herausgegeben vom Verband durch N. Dietrich, Stuttgart.

Achtung!

Zahlstelle Berlin.

Achtung!

Montag den 20. Juli

Grosses Sommerfest zur Feier des **„Guten Montags“**

in der „Neuen Welt“, Hasenhaide 108—114.

Großes Gartenkonzert. Spezialitäten ersten Ranges. Theatervorstellung für Kinder.

Grosses Feuerwerk.

Von 5 Uhr ab im neuerbauten Festsaal **Grosser Ball.**

Eintritt in den Saal für Herren 30 Pf., für Damen 10 Pf. [5.60]

Bei eintretender Dunkelheit **Großer Fackelzug.**

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. — Programme am Eingang gratis. — Anfang 4 Uhr. Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstuben-Vertrauenspersonen, in allen mit Plakaten besetzten Handlungen, sowie in unserem Bureau zu haben. Um regen Vertrieb der Billets ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Eine der Neuzeit entsprechende, gut eingerichtete

Buchbinderei

in Magdeburg

mit fester Kundschaft ist, da an weiteren Unternehmungen teilgenommen, unter äußerst günstigen Kaufbedingungen zu verkaufen. Offerten erbeten an [2.40]

Fritzsche & Müller, Magdeburg, Kl. Marktstr. 2. [341]

Aus der Konkursmasse des Buchbinders **Richter** zu **Altzöbern** sind sämtliche Maschinen zum Betrieb einer Buchbinderei zu verkaufen, als:

- 1 Papier-Beschneidemaschine,
- 1 Pappschere,
- 4 Bücherpressen (Holz),
- 1 Beschneidebohle,
- 1 Arbeitstisch (Eiche),
- 1 Vergoldstisch mit Zubehör und Schriften,
- 18 Pressbretter,
- 1 Heftlade und verschiedenes Buchbinderwerkzeug.

Sämtliche Maschinen zc. sind noch gut erhalten. Näheres beim Konkursverwalter **C. v. Effner** in **Calau, N.-L.** [3.00] [342]

Einrichtungen für Laden und Werkstatt liefert seit über

40

Jahren zu billigsten Preisen und günstigen Bedingungen

O. Th. Winckler Leipzig

Abt. A: Papier- und Lederwaren
Abt. B: Buchbindereibedarf
Abt. C: Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder

Kataloge, Kostenanschläge u. s. w. sehr gern zu Diensten! [343]

Schärfmesser

Steine, Nietstöckchen, Dämmmer, ff. Streicheisen, Glättkolben, gut und preiswert. [1.00]

344 **F. Klement, Leipzig.**

Achtung! Berlin!

Erlaube mir die Herren Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß ich **Lindenstrasse 84** eine

Restauration

eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch. Mit kollegialem Gruß [1.00] **Paul Gürtler.** [345]

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin.

Gemäß § 51 Abs. 3 und 4 des Rassenstatuts berufen wir auf Grund eines, von den Herren Delegierten **Franz Leuber, Willi Hoffmann** und weiteren 47 Genossen ordnungsmäßig gestellten Antrags, zum **Montag den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr,** im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal I, eine

Außerordentliche

General-Versammlung

ein, mit folgender Tagesordnung:

1. Vortrag über die neue Krankentassennovelle.
2. Die Kontrakt- resp. Gehaltsverhältnisse unserer Angestellten (Anträge hierzu).
3. Verschiedenes. [4.80] [346]

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Georg Bäßler, Vorsitzender, Schriftführer.

Tüchtiger, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert [1.80]

Stuisarbeiter

sofort gesucht. **Val. Winkler, Stuisfabrik, München.** [347]

Grossbuchbinderei

sucht durchaus sicher und selbständ. arbeitenden **348** **Sortimentspresser** [1.80]

der spez. im Entwurf u. Arrang. von Mustern Hervorrag. leistet geg. hoch. Lohn in dauernde Stellg. Resf. wird nur a. 1. Kraft, die ähnl. Post. schon best. u. sich darüb. ausweis. kann. Off. unt. **X. Z. 100** an die Exped. dieser Zeitung.



L. Flühr, Stuttgart,

349 **Notebühlstr. 14,** [1.60] empfiehlt sein reichhaltiges Lager federleichter, sowie wetterfester Filzhüte, Hochzeitschüte von 4 Mk. an.

Reiche Auswahl von Strohhüten neuester Mode.

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventilirtes

„Kaffee-Haus“

Oranienstr. 144, am Moritzplatz.

Kaffee 10 und 15 Pf.

Schultheiß-Verband und Märzen à Gl. 10 Pf.

Billard (Rekan-Bande) à Stunde 40 Pf.

Große Auswahl politischer Tageszeitungen, moderner Zeitschriften, Journale und Mitblätter. [2.00]

H. Schurig.

Zur gefälligen Beachtung! Für die laufende Nummer bestimmte Einsendungen sollen spätestens Dienstag früh der Redaktion zugegangen sein. Nur Annoncen können noch bis Dienstag Mittag Berücksichtigung finden.